

BR/GT I/23 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 19. November 1969
BR/GT I/23/69

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage den Entwurf eines Berichts über die Artikel 31 bis 41 des Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, welcher entsprechend der in der Sitzung der Arbeitsgruppe I vom 8. bis 11. Juli 1969 in Luxemburg getroffenen Vereinbarung [Dok. BR/7/69, Seite 2 Punkt 2 Absatz 2] von der französischen Delegation erstellt worden ist.

BR/GT I/23 d/69 zat/QU/bm

VORENTWURF

EINES UEBEREINKOMMENS UEBER EIN EUROPÄISCHES PATENT-
ERTEILUNGSVERFAHREN

Dritter Teil - Das Europäische Patentamt

Kapitel I - Rechtsstellung und allgemeine Organisation

ENTWURF EINES BERICHTS

1. Nach der Definition der Grundprinzipien (1. Teil) und der Festlegung des materiellen Patentrechts (2. Teil) behandelt der Vorentwurf eines Uebereinkommens in seinem dritten Teil die verwaltungs- und finanztechnische Organisation des Europäischen Patentamts, einer "gemeinsamen Einrichtung der Vertragsstaaten" (Artikel 3), das dieses Recht für die Patenterteilung anzuwenden hat.

Kapitel I dieses dritten Teils enthält die Artikel 31 bis 41, deren Inhalt mit den Vorentwürfen der EWG und der EFTA übereinstimmt. Diese Artikel legen in grossen Zügen die verwaltungsmässige Organisation dieser internationalen Einrichtung fest, deren Einzelheiten im Uebereinkommen selbst oder in Durchführungsvorschriften noch zu ergänzen oder näher zu bestimmen sind. Wesentliche Aenderungen wurden an diesen Artikeln nur vorgenommen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Einsetzung eines Europäischen Patentgerichts jetzt nicht mehr vorgesehen ist.

2. Der Vorentwurf eines Uebereinkommens sieht in seiner derzeitigen Fassung vor, dass das Europäische Patentamt "eine Einrichtung mit verwaltungsmässiger und finanzieller Selbständigkeit ist" (Artikel 31 Absatz 1) und "Rechtspersönlichkeit besitzt" (Artikel 32 Absatz 1). Mit diesen Bestimmungen soll also eine zwischenstaatliche Einrichtung geschaffen werden, die - ohne Angliederung an eine schon bestehende Organisation - verwaltungsmässig und finanziell eigenständig ist und in jedem Vertragsstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit besitzt, welche es ihr insbesondere ermöglicht, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräussern sowie vor Gericht zu stehen (Artikel 32 Absatz 2).
3. Das Europäische Patentamt wird von einem Präsidenten geleitet, der von Vizepräsidenten unterstützt wird (Artikel 36 Absätze 1 und 3). seine Tätigkeit wird von einem Verwaltungsrat überwacht (Artikel 31 Absatz 2).
4. Der Präsident ist dem Verwaltungsrat gegenüber für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts verantwortlich (Artikel 36 Absatz 1).

Seine Befugnisse (Artikel 36) lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

- Er hat für die ordnungsgemässe Anwendung des Uebereinkommens und dessen Durchführungsvorschriften zu sorgen. Zu diesem Zweck hat er alle tunlichen Massnahmen zu ergreifen, um die Öffentlichkeit zu unterrichten, das ihm unterstehende Personal anzuweisen sowie Organisation und Tätigkeit seiner Behörde rationeller zu gestalten.

- Er übt das Weisungsrecht und die Kontrolle über das gesamte Personal aus und besitzt - ausser gegenüber den Vizepräsidenten und den Mitgliedern der Beschwerdekammern - das Ernennungs- und Beförderungsrecht sowie die Disziplinarverwaltung.
- Er hat den Haushaltsplan vorzubereiten und ihn nach Annahme durch den Verwaltungsrat auszuführen sowie dem Verwaltungsrat die Jahresrechnung, die Uebersicht über das Vermögen und den Tätigkeitsbericht vorzulegen.
- Er kann dem Verwaltungsrat Vorschläge in bezug auf Punkte vorlegen, in denen er selbst keine Entscheidungsbefugnis besitzt, beispielsweise zur Aenderung des Uebereinkommens oder dessen Durchführungsvorschriften.

5. Die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Tätigkeit des Verwaltungsrats sind von der Arbeitsgruppe noch nicht geprüft worden. Diese Punkte werden durch Vorschriften geregelt werden, die in das Uebereinkommen aufzunehmen sind.

Es kann jedoch darauf hingewiesen werden, dass gemäss dem von der Regierungskonferenz auf der ersten Tagung angenommenen Memorandum der Verwaltungsrat einen internationalen Charakter haben muss und die Vertragsstaaten in ihm gleichberechtigt vertreten sein müssen. dies lässt darauf schliessen, dass die Entscheidungen des Verwaltungsrats die Regierungen unmittelbar binden und keiner übergeordneten Stelle zur Genehmigung vorzulegen sind. Nach dem Memorandum hätte der Verwaltungsrat insbesondere folgende Aufgaben: Erlass des Personalstatuts, Ernennung der leitenden Beamten, Feststellung des Haushalts und Verwaltungs- und Finanzaufsicht über das Patentamt.

Was die Ernennung der hohen Beamten betrifft, so wird in Artikel 37 bereits bestimmt, dass der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Beschwerdekammern vom Verwaltungsrat ernannt werden.

Ferner werden dem Verwaltungsrat in den schon angeführten Artikeln 31 und 36 mittelbar Befugnisse im Haushaltsbereich und Ueberwachungsbefugnisse im Verwaltungs- und finanziellen Bereich übertragen.

Schliesslich lässt Artikel 36 Absatz 2 Buchstabe b, der dem Präsidenten ein Initiativrecht im Hinblick auf den Erlass von Durchführungsbestimmungen einräumt, die Vermutung zu, dass die Befugnis des Verwaltungsrats zum Erlass von solchen Bestimmungen nicht auf das Personalstatut begrenzt sein wird, für dessen Erlass nach dem Memorandum - allerdings in einer nicht erschöpfenden Aufzählung - der Verwaltungsrat zuständig sein soll.

6. Die Befugnisse des Präsidenten und des Verwaltungsrats - des letzteren im Rahmen eines engeren Ausschusses - können über den normalen Anwendungsbereich des Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren hinausgehen (Artikel 31 a). Artikel 8 a des Vorentwurfs sieht nämlich vor, dass " eine Gruppe von Vertragsstaaten in einem besonderen Uebereinkommen bestimmen kann, dass die für diese Staaten erteilten europäischen Patente für die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete einheitlich sind und dass sie den Bestimmungen dieses besonderen Uebereinkommens unterliegen". Die Mitgliedstaaten der EWG erarbeiten zur Zeit ein Uebereinkommen dieser Art mit dem Ziel, das für alle ihre Hoheitsgebiete zu erteilende "einheitliche Patent" einem einheitlichen Recht - insbesondere hinsichtlich der Nichtigkeit - zu unterstellen; dadurch wird die Bildung besonderer Organe - beispielsweise von Nichtigkeitskammern - erforderlich.

Artikel 31 a soll es nun ermöglichen, im Europäischen Patentamt solche besonderen Organe zu bilden, an denen nur die Staaten beteiligt sind, die das besondere Uebereinkommen geschlossen haben. Diese in das Europäische Patentamt einzugliedernden Organe werden dem Präsidenten unterstellt werden; selbstverständlich werden jedoch die durch ihre Tätigkeit entstehenden Kosten allein von den Vertragsstaaten des besonderen Uebereinkommens getragen werden und wird die Verwaltungs- und Finanzaufsicht über diese zusätzlichen Abteilungen des Europäischen Patentamts nur von diesen in einem engeren Ausschuss des Verwaltungsrats vertretenen Staaten ausgeübt werden können.

Natürlich muss der engere Ausschuss in einem noch zu bestimmenden Zusammenhang mit dem Verwaltungsrat in seiner vollen Besetzung stehen, insbesondere bei der Erörterung und der Feststellung des Haushaltsplans des Europäischen Patentamts.

7. Artikel 33 sieht in seiner derzeitigen Fassung vor, dass sich die gesamte Verwaltung des Europäischen Patentamts an seinem Sitz befindet.

Der Verwaltungsrat kann jedoch - falls er dies für erforderlich hält - beschliessen, in den Vertragsstaaten, beim Internationalen Patentinstitut oder auch bei anderen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zuständigen Organisationen Informations- oder Verbindungsstellen einzurichten. Die diesen Stellen gegebene Bezeichnung gibt die Grenzen ihrer Befugnisse an, und es ist klar, dass ihre Einrichtung keine regelrechte Dezentralisation des Europäischen Patentamts zur Folge haben kann.

Eine völlig andere Lösung enthält der Vorschlag der britischen Delegation, der darauf abzielt, dass in einigen Vertragsstaaten mit Rücksicht auf die für die Patentanmeldungen benutzten Sprachen "Zweigstellen des Europäischen Patentamts" eingerichtet werden. In diesem Punkt beschränkt sich der vorliegende Bericht darauf, diesen Vorschlag zu erwähnen, da er von der Arbeitsgruppe noch nicht erörtert worden ist.

8. Das Europäische Patentamt bedient sich der deutschen, der englischen und der französischen Sprache (Artikel 34).

Eine Ausnahme muss jedoch für die Staatsangehörigen von Vertragsstaaten oder für Personen, die in deren Hoheitsgebiet ihren Wohnsitz haben, gemacht werden, wenn die Amtssprache oder eine der Amtssprachen dieser Staaten nicht eine der drei Sprachen des Europäischen Patentamts ist. In diesem Fall können die Patentanmeldung oder die Unterlagen, welche der Anmelder im Laufe des Verfahrens beizubringen hat, in der Amtssprache des Vertragsstaats abgefasst werden (beispielsweise auf Italienisch im Falle eines italienischen oder eines schweizerischen Staatsangehörigen), sofern eine Uebersetzung in eine der Sprachen des Europäischen Patentamts innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist eingereicht wird.

Die amtlichen Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts erfolgen in den drei Sprachen. Dies gilt für die Eintragungen in das europäische Patentregister, für das Europäische Patentblatt und das Amtsblatt des Patentamts sowie für die bekanntgemachten Patentansprüche, gleich, ob es sich um Patentanmeldungen oder um Patente handelt. Hingegen wird

aus Ersparnisgründen die Beschreibung der Erfindung nur in der für die Anmeldung benutzten Sprache oder, falls für die Anmeldung beispielsweise die italienische Sprache benutzt wurde, in der Sprache der Uebersetzung veröffentlicht.

9. Der Vorentwurf (Artikel 35) stellt den Grundsatz auf, dass das Europäische Patentamt in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten Vorrechte und Befreiungen nach Massgabe eines Protokolls geniesst.
10. Die Bediensteten des Europäischen Patentamts sind an das Berufsgeheimnis gebunden und dürfen weder selbst noch durch einen Mittelsmann Patentanmeldungen einreichen (Artikel 38). Die Einstellungs-, Beförderungs-, Besoldungs- und Disziplinarvorschriften für das Personal werden in einem Statut festgelegt, das, wie bereits ausgeführt, vom Verwaltungsrat erlassen wird.
11. Nach den früheren Vorentwürfen der EWG und der EFTA (Artikel 39) war für Streitsachen zwischen dem Europäischen Patentamt und seinen Bediensteten über die Anwendung des Personalstatuts ein internationales Gericht zuständig. Diese Lösung ist nicht zu verwirklichen, wenn sie übermässige finanzielle Belastungen mit sich bringt; dies ist der Fall, wenn sich ein solches Gericht nur mit wenigen Streitsachen zu befassen hat. Die Verfasser des EWG-Vorentwurfs wollten denn auch nicht dafür ein "Europäisches Patentgericht" einsetzen, welches in dem (jetzt gestrichenen) Artikel 4 genannt war. Vielmehr sollte nach ihren Vorstellungen der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften die betreffenden Streitsachen regeln und die Rechtmässigkeit von Handlungen des Verwaltungsrats und des Präsidenten des Europäischen Patentamts überprüfen (Artikel 41, jetzt gestrichen - siehe Punkt 13) sowie umfassendere Zuständigkeiten bei Klagen er-

halten, welche das europäische Patent betreffen. Bei einem europäischen Patenterteilungsverfahren, an dem auch andere Staaten als die EWG-Staaten beteiligt sind, kann jedoch dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine derartige Gerichtsbarkeit nicht übertragen werden.

Da es andererseits beim derzeitigen Stand der Ueberlegungen der Arbeitsgruppe nicht unbedingt für erforderlich gehalten wird, einen internationalen Gerichtshof zu schaffen, soll nach Artikel 39 des Vorentwurfs ein Beschwerdeausschuss, dessen Statut noch besonders zu regeln ist, mit der Aufgabe betraut werden, über Streitsachen zwischen dem Europäischen Patentamt und seinen Bediensteten zu entscheiden. Diese Lösung erscheint berechtigt. Zahlreiche zwischenstaatliche Organisationen regeln nämlich Streitsachen dieser Art durch Beschwerdeausschüsse, die in ihrer Zusammensetzung wechseln, denen aber stets organisationsfremde Mitglieder angehören. Dies ist beispielsweise der Fall beim Internationalen Patentinstitut und bei den Vereinigten Internationalen Büros für den Schutz des geistigen Eigentums.

In diesem Sinne wurde in Artikel 39 vorgeschlagen, einen "Beschwerdeausschuss" einzusetzen, dessen Statut besonders zu regeln ist.

12. Was die Haftung des Europäischen Patentamts betrifft, so sind die Bestimmungen des Artikels 40 aus dem Rom-Vertrag zur Gründung der EWG und insbesondere aus dessen Artikel 215 übernommen.
13. Wie bereits ausgeführt wurde, hat die Tatsache, dass die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofs nicht mehr geplant ist, zur Folge, dass die in Artikel 41 der

Vorentwürfe der EWG und der EFTA vorgesehene Ueberprüfung der Rechtmässigkeit von Handlungen des Verwaltungsrats und des Präsidenten des Europäischen Patentamts wegfällt. In der Praxis dürfte diese Lücke wohl bedeutungslos sein, wenn man bereits bestehende zwischenstaatliche Organisationen wie das IIB oder die BIRPI in Betracht zieht, die eine solche Ueberprüfung nicht kennen und bei denen sich das Fehlen einer solchen Ueberprüfung nicht nachteilig ausgewirkt hat.
